

Kurzzeitpflege

Innovative Kurzzeitpflege verbessert die Versorgung nach dem Klinikaufenthalt und steigert die Arbeitszufriedenheit. **Seite 2**

Pflegepolitik

Der Referentenentwurf des Pflegekompetenzgesetzes baut auf dem früheren Entwurf auf, enthält aber auch Neuerungen. **Seite 4**

Quartier

Die PflegeButler-Gruppe kombiniert betreutes Wohnen, ambulante Pflege und Tagespflege zu einem integrierten Modell. **Seite 9**

Ausgabe 28/29 | 11.7.2025
H 46794 | 28. Jahrgang
carekonkret-digital.net

Bernadette Klapper verlässt DBfK

Nach fast vier Jahren in der Funktion als Bundesgeschäftsführerin verlässt Bernadette Klapper zum 31. August den DBfK, um sich neuen beruflichen Herausforderungen zu widmen.

Laut DBfK-Präsidentin Vera Lux führte Klapper den Verband „mit strategischem Blick und großem Engagement durch herausfordernde Jahre“. Seit ihrem Amtsantritt am 1. Oktober 2021 vertrat Klapper den DBfK in wichtigen Gremien, darunter die Ratsversammlung des Deutschen Pflegerats und die Fachberufekonferenz der Bundesärztekammer. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit lag auf der Weiterentwicklung der kommunalen Gesundheitsversorgung. Bis zur Neubesetzung der Position wird der stellvertretende Geschäftsführer Peter Tackenberg die kommissarische Leitung übernehmen. (ck)

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Sie halten die Doppelausgabe 28/29 in den Händen. Die nächste care konkret erscheint am 25. Juli. Über aktuelle Entwicklungen informieren wir Sie in der Zwischenzeit wie gewohnt auf www.altenheim.net und www.haeusliche-pflege.net. Sommerliche Grüße, Ihre Redaktion care konkret.



Foto: Marc Holstein

MEDAILLE FÜR LANGJÄHRIGE HÄUSLICHE PFLEGE

Hessens Gesundheitsministerin Diana Stolz (3. von links) hat am 4. Juli die Pflegemedaille an fünf Menschen verliehen, die Angehörige über viele Jahre unentgeltlich gepflegt haben. Die Auszeichnung erhielten Eckhard Wolfgang Viehöver (von links), Piroska Marta Ritter, Lilli Leandra Blumann, Dorothea Magdalena Bäcker und Alinda Elisabeth Bauer. Die Medaille macht auf den Einsatz pflegender Angehöriger aufmerksam, die sich in besonderer Weise um pflegebedürftige, kranke oder behinderte Menschen gekümmert haben. In Hessen werden mehr 86 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. (ck)

Bund-Länder-AG zur Pflegereform startet

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Pflegereform hat ihre Arbeit aufgenommen - zunächst ohne Beteiligung der Pflegepraktiker.

Wir brauchen kein Reförmchen, wir brauchen eine grundlegende Reform: So hat Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) am Montag den Anspruch an die geplante Neuordnung der Pflege in Deutschland formuliert. Für die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu diesem Thema gebe es „keine Denkverbote“, sagte Warken nach der ersten Sitzung des Gremiums. Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) lenkte den Blick auf die Lage der pflegenden Angehörigen.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände soll laut Koalitionsvertrag vor Jahresende Vorschläge für eine „große Pflegereform“ vorlegen. „Wir brauchen schnelle Ergebnisse und konkrete Vorschläge“, sagte Warken. „Die Reform muss sitzen.“ In der ersten Sitzung seien zwei Fachgruppen mit „umfangreichen“ Arbeitsaufträgen gebildet worden. Laut Bundesgesundheitsministerium soll sich eine Fachgruppe um

die Finanzen der Pflegeversicherung kümmern und die andere um die Versorgung. Dazu sollen auch Verbände und Organisationen angehört werden.

Bei der Fachgruppe zur Finanzierung soll es unter anderem um „Anreize für eine eigenverantwortliche Vorsorge“ gehen. Auch die Einrichtung eines kapitalgedeckten Pflegevorsorgefonds soll besprochen werden, ebenso die „Aufteilung der Finanzierungsanteile“ zwischen Beiträgen, Steuern und privater Beteiligung. Weitere Themen sind Möglichkeiten, die Ausgaben der Pflegeversicherung zu begrenzen und die Einnahmeseite zu verbessern, sowie die Begrenzung der Eigenanteile der Pflegebedürftigen.

Die Fachgruppe zur Versorgung soll den Leistungsumfang der Pflegeversicherung unter die Lupe nehmen. Hinzu kommen „Maßnahmen

zur Prävention und Rehabilitation“, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder zu verringern, und die Förderung von Innovation und Digitalisierung. Bei der Stärkung von pflegenden Angehörigen ist die Rede von einem „leicht verständlichen, unbürokratischen, wohnortnahen“ Beratungs- und Unterstützungsangebot. Nicht erwähnt wird hingegen das Konzept eines Familienpflegegelds als zeitweise Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Dieses solle gleichwohl Thema sein, betonte Familienministerin Prien auf

der Pressekonferenz. Sie kündigte zudem an,

noch dieses Jahr eine Reform der Familienpflegezeit anzugehen. Alle Teilnehmerinnen der Pressekonferenz machten deutlich, dass nun komplizierte Verhandlungen bevorstehen. Vor der Kommission liege ein „Weg, der schwer wird“, sagte die bayerische Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU). „Das wird nicht einfach“, gab auch Hamburgs Gesundheitsministerin Melanie Schlotzhauer (SPD) zu.

Warken bekräftigte ihre Forderung nach Mitteln aus dem Bundeshaushalt, um die Finanzen der Pflegeversicherung bis zur Umsetzung der angestrebten Reform zu stabilisieren. Wenn nicht mehr Geld fließe als der-

zeit geplant, müssten „ab Januar“ die Beitragssätze steigen, kündigte sie an.

Der weitere Fahrplan der Reformkommission sieht eine „Sachstandssitzung“ auf Ebene der Ministerinnen und Minister im Oktober vor. Im Dezember folgt eine „Ergebnissitzung“ im selben Kreis - dann sollen die Eckpunkte für die Pflegereform vorgelegt werden. Im Januar soll der Gesetzgebungsprozess beginnen, zunächst mit Workshops und „Praxischecks“.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe beginnt ihre Arbeit ohne Beteiligung von Pflegefachkräften, was auf deutliche Kritik stößt. „Bei der Gestaltung einer zukunftsfähigen Versorgungslandschaft braucht es von Anfang an praktisches Erfahrungswissen, um tragfähige und realistische Lösungen zu entwickeln“, warnt Thomas Knieling vom Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB).

Zwar sollen Praktiker später durch Workshops eingebunden werden, der Umfang ihres Einflusses sei jedoch unklar. (ck)



„Wir brauchen kein Reförmchen, wir brauchen eine grundlegende Reform.“

Bundesgesundheitsministerin
Nina Warken Foto: BMG/Jan Pauls